

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Dresden Nr. 31307
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Bismarck

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz.-Kont.: Elbkanal Dresden, Bismarck Nr. 608
Postk.-Kont.: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederporitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbkanal-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Anst. Fremden- und Kurliste, Leben im Dill, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 4-spaltige Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: d. verpst. Zahlung, Rüge od. Konfund d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
82. Jahrgang

Nr. 9

Montag, den 13. Januar

1925

Dr. Luthers Sondierungen bisher ohne Erfolg

Das Zentrum lehnt die Teilnahme an einem „überparteilichen Kabinett“ ab. — Dr. Luther, der noch keinen Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten hat, setzt seine Sondierungen trotzdem fort.

Die ungelöste Regierungsfrage

Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther zum Zwecke der Neubildung einer Reichsregierung haben weder im Laufe des Sonnabends noch des Sonntags zu einem endgültigen Resultat geführt. Infolgedessen ist auch die offizielle Vertrauensfrage durch den Reichspräsidenten frühestens am heutigen Montag zu erwarten.

Der Minister hat im Laufe des Sonnabends mit einer ganzen Reihe politischer Persönlichkeiten verhandelt, aber zunächst noch nicht mit denjenigen, die er in sein Kabinett aufnehmen möchte, sondern in erster Linie mit den Führern der verschiedenen Fraktionen. Der Minister hat einen Versuch unternommen, eine wirkliche Koalition zustande zu bringen. Dabei ist ihm seitens der Volkspartei und der Deutschnationalen die Teilnahme an einer solchen Regierung ohne weiteres zugesagt worden, während die Demokraten ihre Ablehnung deutlich ausgesprochen, die Sozialdemokraten in wiederholten Botsprechungen den schärfsten Oppositionskampf in Aussicht stellten. Die Zentrumsfraktion hat am Sonnabend nachmittag bis in den späten Abend getagt, ging aber vor allem wegen schwachen Besuchs ohne Beschluß auseinander. Am Sonntag nachm. 5 Uhr trat die Zentrumsfraktion abermals zusammen. Am Ende dieser Sitzung wurde folgender Beschluß gefasst: „Die dem Vertreter der Zentrumsfraktion am 11. Januar in den Verhandlungen mit dem Finanzminister Dr. Luther übermittelten Erklärungen ermöglichen es der Zentrumsfraktion nicht, sich an dem vorgelegenen Kabinett zu beteiligen.“

Das Zentrum will mit diesem Beschluß nicht jeden Weg zu einer Regierungsbildung unter der Führung Dr. Luthers verbaut haben, sondern würde, wenn Dr. Luther im Laufe des Montag andere Vorschläge als die einer festen bürgerlichen Koalition macht, diese Vorschläge erneut prüfen.

Im Laufe des Sonntagabend war es infolge der vorgerückten Stunde nicht mehr möglich, daß der Reichsfinanzminister nach der Kenntnisnahme von diesem Zentrumsbeschluß in eine erneute Besprechung mit dem Reichspräsidenten Ebert eintreten konnte.

An Berliner amtlicher Stelle wurde jedoch Sonntagabend bekannt, daß Dr. Luther aus Grund des Zentrumsbeschlusses am Montag früh die informativischen Erörterungen mit dem Zentrum und den übrigen Fraktionen fortsetzen wird. Daraus geht hervor, daß Dr. Luther diesen Beschluß nicht als einen Abbruch der Verhandlungen aufsaßt, sondern nur als einen Hinweis darauf, daß eine feste Koalition nicht möglich ist und daß daher der überfraktionelle Weg beschritten werden muß. Die Zentrumsfraktion, die dem Minister den Beschluß der Fraktion mitgeteilt haben, haben dabei ihren eigenen Beschluß selbst in diesem Sinne erläutert. Man geht wohl überhaupt nicht fehl in der Annahme, daß Dr. Luther den Versuch einer Koalitionsbildung nur deshalb nochmals unternommen hat, um endgültig klarzustellen, daß dieser Weg auch unter seiner Führung unmöglich ist.

Berlin, 12. Jan. (Drahtmeldg.). Wie wir aus führenden deutschnationalen Kreisen erfahren, beschäftigt die deutschnationale Partei, in dem kommenden Kabinett Luther leitend

Handelskrieg mit Frankreich?

Das Handelsprotokoll abgelehnt

Staatssekretär Trendelenburg hatte nach seiner Ankunft in Paris eine Unterredung mit Kommodore. Nach dieser Besprechung möchte er den deutschen Pressevertretern die Mitteilung, daß die deutsche Regierung den französischen Protokollvorschlag ablehne und zunächst das Schwerkrieg auf die Herstellung eines bestimmten Handelsvertrages auf beruhigender Grundlage lege. Diese für beide Länder gleich wichtige Grundlage hätte man bisher nicht finden können, da die Franzosen auf der Grundlage einer Tarifvorlage abzuweichen wollten, über die sie keine Drohte anliehen, während die deutschen Delegierten über den geplanten neuen deutschen Posttarif in Verhandeln bereit gewesen wären. Ein verträgliches Zustand ist demnach einzutreten. Damit hören auch alle jene Verhandlungen für Frankreich auf, die es fünf Jahre auf Grund des Versailler Vertrages renouveau hatte also:

1. die einseitige Reichsbegünstigung;
2. die freie Einfuhr der elbisch-lotbrinigen Erzeugnisse;
3. die zollfreie Deckung der Rohmaterialien und die freie Ausfuhr aus dem Saargebiet und noch einige Teile bezüglich des Transports.

Die Stillnahme der deutschen Regierung zu dem von der französischen Regierung vorgeschlagenen modus vivendi, sowie zum Gesamtproblem der Handelsverträge, Verhandlungen, die Staatssekretär Dr. Trendelenburg gestern entwickelte, veranlaßt die Presse zu Betrachtungen, aus denen man erkennt, daß eine Ungewißheit über die zukünftige Lage besteht.

wenn die volle Mitverantwortung zu übernehmen, da infolge der ungelösten Regierungsfrage in Preußen und der von Dr. Luther in Aussicht genommenen Kompromißlösung eine klare Entscheidung des innerpolitischen Kampfes umgangen worden sei. Die deutschnationale Reichstagsfraktion betrachte ihre Vertrauensleute in einer sogenannten überparteilichen Regierung in der Hauptsache als Beobachtungsorgane, die jeden Augenblick wieder zurückgezogen werden können, wenn dies das Interesse der deutschnationalen Partei erfordere.

Konflikt Gehlers mit den Demokraten?

Zwischen dem demokratischen Reichswehrminister Dr. Gehler und der demokratischen Reichstagsfraktion ist ein erster Konflikt ausgebrochen. Die Fraktion wollte den Minister dazu bestimmen, einer rechtsorientierten Regierung auch als Reichsminister fernzubleiben. Dies lehnte jedoch Dr. Gehler mit dem Hinweis darauf ab, daß er nicht Mitglied des Reichstages ist und an keinerlei parlamentarische Abmachungen gebunden sei. Daraufhin soll, wie verlautet, die demokratische Fraktion mit einer Desavouierung Gehlers und notwendigenfalls sogar mit einem Ausschluß aus der Partei gedroht haben. Man nimmt jedoch nicht an, daß es soweit kommen wird, da die demokratische Parteileitung auf die Haltung der bayerischen Demokraten wird Rücksicht nehmen müssen, die in diesem Konflikt für Dr. Gehler Stellung nehmen würden.

Die Untersuchung gegen Reichspostminister Hoehe

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird sich die Lätigkeit des vom Reichs-

Die Stellungnahme der französischen Presse

Trotz der Zurückhaltung des offiziellen Kommuniqués so schreibt das Petit Journal, sei es klar, daß die deutsche Antwort weit davon entfernt sein müsse, zu befriedigen. Man habe den sofortigen Bruch vermieden und wolle am Montag die Verhandlungen fortsetzen, aber seit der Mitternachtsstunde habe Deutschland seine wirtschaftliche Freiheit zurückverlangt.

Das Journal Industrielle bemerkt, obwohl die Verhandlungen fortgesetzt werden, ändere sich nichts an der Tatsache, daß von heute ab der Handelsverkehr zwischen Frankreich und Deutschland nichtvertragsmäßig festbestimmungen unterworfen sei und daß die französischen und deutschen Waren mit den Höchstzöllen belegt würden, die die Gesetzgebung der beiden Länder vorschreibe.

Das Deuore sagt, man kann nicht mehr zu einem Ziel gelangen, aber man legt die Verhandlungen fort. Sicher hat Deutschland den ihm vorgelegenen modus vivendi nicht angenommen, aber es scheint auch nicht, daß es ihm ein brutales „nein“ entgegenzusetzen hat, wäre doch sonst Dr. Trendelenburg nicht zurückgekehrt. Deutschland wolle eben kein Protokoll, es wolle einen endgültigen Handelsvertrag; vor allen Dingen aber wolle es das Schicksal des Saargebietes und des Elbsch bestimmen. Es wünscht, daß alles miteinander verbunden werde. Es glaubt warten zu können, aber will uns doch wenigstens diesen Glauben beibringen.

tag eingeleiteten Untersuchungs-Ausschusses hauptsächlich mit der Frage beschäftigen, ob sich Reichspostminister Hoehe bei der Kreditaktion des Barmat-Konzerns auf ungesetzlichem Wege oder auf Grund unzulässiger Einflüsse dazu bestimmen ließ, zugunsten Barmats zu intervenieren. Gegen den Minister sind inzwischen eine Reihe bestimmt formulierter Anschuldigungen erhoben worden, die vom Untersuchungsausschuss nachgeprüft werden sollen. In Zentrumskreisen läßt man keinen Zweifel daran, daß man entschlossen ist, mit der rücksichtslosesten Schärfe vorzugehen, wenn ein Mitglied der Zentrumsfraktion in dieser Angelegenheit untorrekt vorgegangen sein sollte.

Schämt man sich?

Nach einer Korrespondenzmeldung aus Genf berichtet der „Matin“, daß zwischen den Alliierten eine Uebereinkunft erzielt worden sei, den Schlußbericht der Kontrollkommission nicht zu veröffentlichen und nicht an Deutschland bekanntzugeben. Aus dem Antrage Frankreichs zu dem Kontrollbericht erfährt das gleiche Blatt, daß die Verlängerung der militärischen Kontrolle um drei Monate verlängert werde.

Die deutsch-italienischen Handelsbeziehungen geregelt

Die seit der Rückkehr der deutschen Delegierten nach Rom im Gange befindlichen Wirtschaftsverhandlungen haben am Sonntagabend zu einer Einigung über einen modus vivendi zwischen Deutschland und Italien geführt. Dadurch werden die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien bis zum 31. März d. J. geregelt.

Die Wirtschaftslage im ersten Januardrittel

Wenngleich die mannigfachen Störungen und namentlich die politischen Schwierigkeiten fortbauern und sogar noch eine Verschärfung erfahren haben, besteht die in der zahlreicheren R.I. und Querschnitten an der Jahreswende einhellig zum Ausdruck gekommene Hoffnung auf weitere Besserung der wirtschaftlichen Lage im neuen Jahr unvermindert fort. Daß die endgültige Neubildung der Reichsregierung noch immer nicht erfolgt ist, wird um so mehr bedauert, als gerade die nunmehr Tatsache gewordene vertragswidrige Nichträumung der Ködner Zone eine besondere Festigung der innerpolitischen Verhältnisse und der Regierung zur größten Notwendigkeit macht. Zu betonen ist des weiteren, daß auch die neuerliche Ausbreitung des Finanzkandals Kautzler-Barmat-Preußische Staatsbank die zurechtfindende Beurteilung der wirtschaftlichen Ausflüchten bis jetzt nicht zu beeinträchtigen vermocht hat. Hier kommt in Betracht, daß diese Affäre die eigentlichen Handels- und Industriekreise um so weniger berührt, als diese „Konzerne“ ihre Tätigkeit nahezu ausschließlich auf finanziellen Gebiete entfalten haben. Ihre Beziehungen zur Industrie und ihr Einfluß auf diese blieben im großen Gegensatz zur Stinnes- oder Michael-Gruppe nur auf kleinere Werke beschränkt, die überdies als Gründungen der Inflationszeit ihre Lebensfähigkeit ohnehin erst noch zu beweisen haben.

Zweifellos hätten die in einer verhängnisvollen Zeit auf Grund des hierdurch beschleunigten allgemeinen Verfalls aus dem Ausland zugewanderten Kautzler und Barmat, denen noch dazu bereits ein schlechter Ruf vorausging, ihre Millionentransaktionen überhaupt nicht mit solchem „Erfolge“ und in solchem Umfange ermöglichen können, wenn ihnen nicht gerade seitens der Preussischen Staatsbank weitgehende Kredite eingeräumt worden wären. Daß derartige große Summen von 20 bis 40 Millionen Goldmark an solche zweifelhafte Adressen noch dazu in einer Zeit ausgeliehen worden sind, in welcher die damals besonders große Geld- und Kreditnot in Deutschland selbst allerersten altangesehenen Firmen die Beschaffung der nötigsten Barmittel die ernstesten Schwierigkeiten bereitet hat, läßt die ganze Angelegenheit noch ungeheurer erscheinen. Gleichzeitig verschärft es begreiflicherweise die Empörung über diese Handlungsweise der Staatsbank. Die schweren Geldverluste, die dem preussischen Staate, und hiermit auch den preussischen Steuerzahlern auf diese Weise voraussichtlich entstanden sind, machen eine gründliche Reform der Geschäftshandhabung der Staatsbank zur dringenden Notwendigkeit, der mit der Entfernung der Hauptschuldigen bei weitem noch nicht Genüge geleistet ist.

Daß die großen Privatbanken sich durch die pompöse, schwindelhafteste Aufmachung der Barmat-Kautzler-Konzerne nicht täuschen ließen und dadurch sich vor einer Mitteilenschaft an diesem Schwindel bewahrt haben, sei zur Kennzeichnung der Mängel der Geschäftsführung der Staatsbank besonders hervorzuheben. Im übrigen wird man sich hüten müssen, aus solchen Folgeerscheinungen der unseligen Inflationswirtschaft verallgemeinernde Schlüsse auf die deutsche Finanzwirtschaft zu ziehen. Denn gerade auf finanziellen Gebiete hat die Gesundung in der